# Arbeitslosen-Massnahmen in der Grauzone

**Sparwut** Der Umgang des Baselbieter Kiga mit Arbeitsmarktlichen Massnahmen ist auch juristisch nicht über alle Zweifel erhaben.

VON DANIEL HALLER

Das Kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Kiga) pflegt offenbar einen lockeren Umgang mit dem Gesetz. So vergibt es Aufträge für Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM) gemäss einer Interpellation des grünliberalen Landrats Hans Furer auch an gewinnorientierte Unternehmen (bz von gestern). Dabei schreibt das «Gesetz über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung» vor, nur «Institutionen ohne Gewinnstreben» dürften AMM anbieten.

Weiter kritisieren Insider, Aufträge würden ohne Submissionsverfahren vergeben. Dies hingegen wäre erlaubt. Das kantonale «Gesetz öffentliche Beschaffungen» sagt nämlich, dass es für «arbeitsmarktliche Massnahmen nach Arbeitslosenversicherungsgesetz» nicht gelte. Der Grund für diese Ausnahme ist offensichtlich, dass diese Aufträge eben nur an Institutionen «ohne Gewinnstreben» gehen dürften.

Sobald das Kiga dies, wie Furer kritisiert, nicht mehr einhält, dürften sich Auftrags-Vergaben ohne Ausschreibung in einem Millionen-Markt – den Baselbieter Arbeitslosen stünden theoretisch AMM im Wert von über 20 Millionen Franken zu – als heikel erweisen.

### Auch Seco informiert nicht

Das Kiga begründe für die ungesetzliche Vergabe an kommerzielle Unternehmen damit, dass auch das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco Aufträge an gewinnorientierte Institutionen abgebe, schreibt Furer. «Dazu wird sich das Seco nicht äussern, bevor die Baselbieter Regierung Stellung genommen hat», erklärt Seco-Sprecherin Antje Bärtschi.

Auch die Frage, welchen Betrag das Kiga Baselland vom Seco für Arbeitsmarktliche Massnahmen abruft, will Bärtschi noch nicht beantworten: «Derzeit klärt das Bundesamt für Justiz ab, ob wir diese Zahlen herausgeben dürfen.» Zur Diskussion Anlass gibt der Umstand, dass gemäss Berechnungen Furers das Baselbieter Kiga beim Seco weniger als die Hälfte der Gelder abruft, die es eigentlich für Baselbieter Arbeitslose einsetzen könnte.

Andere Kantone machen aus der Hilfe bei der Stellensuche kein Staatsgeheimnis. Raphael Weisz, stellvertretender Leiter der Sektion arbeitsmarktliche Integration des

**Andere Kantone machen aus der Hilfe bei der Stellensuche kein Staatsgeheimnis.**

Kantons Aargau, beziffert die aargauischen Bezüge beim Seco auf 85 bis 90 Prozent des Betrags, der dem Aargau zusteht. Jonas Motschi, Leiter des Amts für Wirtschaft Solothurn, kann für 2010 exakte Zahlen liefern: 89,6 Prozent. Und in Basel-Stadt wendet man 98 Prozent der verfügbaren Mittel für die AMM auf. Die Baselbieter Volkswirtschaftsdirektion (VGD) stellt sich hingegen auf den Standpunkt, dass sie Zahlen erst nennt, wenn sie Fure beantwortet hat.

### An der Öffentlichke

VGD-Sprecher Rol mit, das Kiga werde und die Finanzkontr beaufsichtigt. «Regel Jahresplanung für di beitsvermittlungszen titen Kommission vo Die entsprechenden unseres Wissens nich

Entsprechend kar Christoph Buser (FD dent der Volkswirts sundheitskommissio an keine Kiga-Disku «Da es nicht um Gel geht, läuft dies am Letztlich liege die p wortung beim Volksv tor Peter Zwick. K glied Andreas Giger halb, dass Furers Vo sen wird und der Fa die Volkswirtsch kommt. Der Baselbie sident Martin Rüeg «Falls die Vorwürfe z eine Riesen-Sauerei.»